

# Nationale Sicherheitsstrategie

*der Vereinigten Staaten von Amerika*

**November 2025**

## Persönliche Anmerkungen

### Vorbemerkung

Dieses Dokument stellt eine aus technischen Gründen notwendige Ergänzung des PDF-Dokuments „[Nationale Sicherheitsstrategie USA 2025-11 \(mit Kommentaren\)](#)“ dar. Um mir Arbeit zu ersparen und für die Lesenden eine möglichst einfache Zuordnung der Anmerkungen zu den Textstellen zu ermöglichen, hatte ich diese in Form von Notizen im Originaldokument konzipiert und erstellt. Nach Abschluss dieser Arbeit musste ich jedoch feststellen, dass sich einige der Anmerkungen wegen ihrer Länge in anderen Apps als der „PDF Plus“, mit der sie erstellt wurden, nicht in ihrem vollen Umfang darstellen lassen. Aus diesem Grund sehe ich mich gezwungen, die Anmerkungen in diesem Dokument noch einmal gesondert darzustellen. Ich bedaure diesen Umstand, sehe aber keine andere Möglichkeit. Die Nummerierung ist fortlaufend entsprechend der Folge im Originaldokument. Da einige Textstellen wegen ihres Inhalts mehrfache Anmerkungen erforderten, habe ich einige Textstellen zur besseren Abgrenzung andersfarbig markiert, ebenso die zugehörigen Anmerkungs- bzw. Notizen-Symbole. Die Anmerkungen sind original übernommen und daher nicht weitergehend formatiert (Hervorhebungen, Anführungszeichen). Der Übersichtlichkeit halber sind sie in Rahmen abgesetzt. Die Nummerierung der Seiten folgt der des Originaldokuments.

**Anmerkung 1 (Seite 1):** Eine (allerdings nur scheinbar) gute Rechtfertigung für Vorgehensweisen, wie wir sie derzeit gegenüber Argentinien beobachten können. Nur wird hier geflissentlich übersehen, dass selbst etwa von US-Firmen erschlossene Öl-

quellen und das Land, auf dem sie sich befinden, keineswegs auch gleich in den Besitz der USA übergehen müssen. Das ist schon imperialistisches Denken in einem überaus klassischen Sinne!!! Hätten die USA in den 1940-er Jahren eine solche Nationale Sicherheitsstrategie verfolgt (und diese konsequent eingehalten), wäre Hitler möglicherweise nicht gestoppt worden. Aktuell kann nicht ausgeschlossen werden, dass Russland ähnliche Ziele verfolgt wie seinerzeit das Deutsche Reich. Durchaus unangenehme Aussichten...

**Anmerkung 2** (Seite 2): Dies scheint mir recht eindeutig auf die Europäische Union (EU) gemünzt zu sein. Die ist Donald Trump schon allein wegen ihrer Wirtschaftskraft (und -macht) ein Dorn im Auge; er verhandelt seine "Deals" naturgemäß lieber mit "souveränen Staaten", die er aufgrund ihrer geringeren wirtschaftlichen Stärke leichter "über den Tisch ziehen" kann.

**Anmerkung 3 (Seite 3)**: Eine (allerdings nur scheinbar) gute Rechtfertigung für Vorgehensweisen, wie wir sie derzeit gegenüber Argentinien beobachten können. Nur wird hier geflissentlich übersehen, dass selbst etwa von US-Firmen erschlossene Ölquellen und das Land, auf dem sie sich befinden, keineswegs auch gleich in den Besitz der USA übergehen müssen. Das ist schon imperialistisches Denken in einem überaus klassischen Sinne!!!

**Anmerkung 4 (Seite 3)**: Aha! Amerikanische Verbündete sind zu schützen! Wunderbar! Nur: Wie sind diese definiert? Handelt es sich noch um die "klassischen" Verbündeten, etwa die in der NATO, oder nur um diejenigen Staaten, die den neuen (von Donald Trump und seinen Mitstreitern [wohl besser: Ideologen] definierten) Freiheits- und Demokratie-Begriff teilen? (Wir werden wohl später noch einmal hierauf zurückkommen müssen.)

**Anmerkung 5 (Seite 4)**: Lobenswert! Nur bisher (bezogen auf seine 2. Amtszeit) schießen sich die Trump'sche Administration und seine Ideologen kräftig "von hinten durch die Brust ins [eigene] Bein". Wer in einer wie in dieser Zeit an den Tag gelegten Art und Weise die Freiheit der Universitäten, die Auswahl ihrer Studierenden und von Forschung und Lehre zu beschneiden und zu unterdrücken versucht und Erkenntnisse etwa zum von menschlichen Aktivitäten verursachten Klimawandel einfach von entsprechenden Webseiten seiner Institutionen entfernt, wird dieses Ziel wohl eher nicht erreichen können. Immer mehr Studierende kehren US-Universitäten freiwillig den Rücken.

**Anmerkung 6 (Seite 8):** Das liest sich erst einmal recht harmlos, doch man sollte genau hinschauen. Das beinhaltet vor allem die Berücksichtigung der Tatsache, dass diese Worte aus der Feder der Trump-Administration stammen. "Soft Power" meint (sehr verkürzt dargestellt) Machtausübung durch die Vermittlung von Werten. Und hier wird es kritisch: Zwar geben auch Donald J. Trump und seine Gesinnungsgenossen vor, sich für Demokratie und die Bewahrung der Freiheit einzusetzen. Allerdings füllen sie diese Begriffe mit völlig anderen Inhalten als denen, die sich nach den Schrecken des 2. Weltkriegs in Westeuropa und in Deutschland etabliert haben - ironischerweise von us-amerikanischer Politik initiiert und inspiriert.

**Anmerkung 7 (Seite 4):** Diese "geistige und kulturelle Gesundheit" soll erkennbar (der letzte Satz in diesem Absatz gibt einen [über]deutlichen Hinweis darauf [vgl. hierzu **Anmerkung 9**]) auf christlich-traditionalistischen Werten fußen. Das beinhaltet u.a. ein Negieren der sexuellen Vielfalt menschlicher Individuen und somit eine Diskriminierung von "queeren" Menschen, was eine Missachtung von deren Menschenrechten darstellt. Damit wird eine Kultur der Intoleranz gefördert, wie sie etwa dem mittelalterlichen Christentum eigen war.

**Anmerkung 8 (Seite 4):** Den in Gedankenstrichen eingefügten Satzteil kann man milde ausgedrückt nur als "Augenwischerei" bezeichnen; realistisch betrachtet handelt es sich um eine glatte Lüge! Das US-Wirtschaftssystem basiert erklärtermaßen auf dem Kapitalismus, und zwar nahezu in dessen Reinform. In diesem System ist es unmöglich, dass in der Arbeitswelt niemand "am Rande steht"- Selbst in der Bundesrepublik Deutschland, wo das kapitalistische System (immer noch, wenngleich längst nicht mehr im ursprünglichen Umfang) durch das Konzept der "Sozialen Marktwirtschaft" abgemildert wurde und wird, hat zu keiner Zeit niemand "am Rand gestanden".

**Anmerkung 9 (Seite 4):** Heißt das im Klartext: "Frauen gehören ins Haus und an den Herd, und sie haben die Kinder (vernünftig) zu erziehen."? Für viele mag es übertrieben klingen, aber das klingt mir sehr stark wie das einst von den Nationalsozialisten propagierte Familienbild!

**Anmerkung 10 (Seite 5):** Außenpolitik als Mittel zur Durchsetzung innenpolitischer Ziele und Interessen, hier wohl in erster Linie: zur Erhaltung der einmal errungenen Macht und zur Festigung der entsprechenden Strukturen. Kann man mal so machen bzw. versuchen. Klingt aber irgendwie imperialistisch und nach Restaurierung von etwas überwunden Geglaubtem (Etablierung eines "modernen Feudalismus"). Hierzu

passt irgendwie das (zumindest aus deutscher Sicht) etwas seltsam anmutende Trump'sche Verständnis von Demokratie.

**Anmerkung 11 (Seite 5):** Auch ich wünsche mir, dass unser Land und seine Nachbarstaaten "stabil und gut regiert bleiben", und darüber hinaus wären diese Eigenschaften für alle Staaten dieser Erde wünschenswert und von enormem Vorteil. Doch dem Erreichen eines solchen Zustandes stehen mannigfache Faktoren im Wege - erwünschte ebenso wie unerwünschte. Zu den erwünschten gehört z.B. das Konzept "Demokratie". Es beinhaltet nun einmal, dass Menschen möglichst frei darüber entscheiden können, von wem sie regiert werden wollen. Und da kann es schon einmal passieren, dass es zu instabilen Zuständen kommt. Andererseits gibt es durchaus sehr stabile (oder zumindest stabil wirkende) Regierungen, die aber sehr oft nicht demokratisch zustande gekommen sind und keineswegs immer gute Arbeit (für die von ihnen regierten Menschen) leisten.

**Anmerkung 12 (Seite 5):** "Massenmigration" ist in diesen Zeiten ein überaus beliebtes Schlagwort - und die Notwendigkeit ihrer Verhinderung ein ebensolches Totschlagsargument! Zwar ist unumwunden zuzugeben, dass eine unkontrollierte Einwanderung ein Problem darstellt und ein Staat zumindest zeitnah nach einer Einreise wissen sollte, wer sein Staatsgebiet erreicht hat. Allerdings ist die Welt mehr denn jemals zuvor von der Situation geprägt, dass Menschen außerhalb ihres Heimatlandes Zuflucht suchen müssen. Dieses Problem wird sich weiter verstärken, woran die USA eine nicht unbeträchtliche Mitschuld trifft (die Trump jedoch leugnen wird; Stichwort: menschengemachter Klimawandel). Welch' fatale Auswirkungen für das Schicksal von Menschen eine solche politische Haltung haben kann hat sich während des 2. Weltkriegs gezeigt, als auch die USA Schutz suchenden Juden massenhaft die Einreise verweigerten.

**Anmerkung 13 (Seite 5):** Das kann selbstverständlich ein legitimes Sicherheitsinteresse sein. Doch gerade unter der Präsidentschaft eines Donald J. Trump (und möglicher Nachfolger, sofern sie von einer nicht grundlegend reformierten Republikanischen Partei gestellt werden) sollte schon genau geschaut werden, was dieses Ziel tatsächlich beinhalten soll. Es sei an den Beginn seiner zweiten Amtszeit erinnert, als er eine Annexion Grönlands, die Einverleibung Kanadas als 51. US-Staat und die Übernahme der Kontrolle über den Panama-Kanal offenbar ernsthaft in Erwägung zog.

**Anmerkung 14 (Seite 5):** Wie nahezu alle Staaten dieser Erde seit dem Beginn von Donald J. Trumps zweiter Amtszeit mehr oder weniger leidvoll erfahren haben, bein-

haltet dieses Vorhaben nicht mehr und nicht weniger als einen Frontalangriff auf den freien Welthandel. Das hatte nach weniger als einem Jahr bereits massive negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Reihe von Staaten und damit auf die Wohlstandsentwicklung von deren Bürgern. Und nicht gerade wenige Ökonomen warnen, diese Politik könne langfristig auch negative Folgen für die US-Wirtschaft selbst haben.

**Anmerkung 15 (Seite 5):** Was "freie Schifffahrt" im Einzelnen bedeutet, möchte Trump offenbar auch selbst definieren. So führt er ja gerade einen angeblichen "Drogenkrieg" gegen das von dem Linkspopulisten Nicolas Maduro weitgehend diktatorisch regierte Venezuela, der sich allerdings eher auf einen Sturz dieses Regimes zu richten scheint. In diesem Rahmen werden - international völlig unkontrolliert - sowohl in der Karibik als auch im Ostpazifik immer wieder angebliche "Drogenboote" versenkt und ihre Besatzungen ("Drogenterroristen") getötet - und in den letzten Wochen auch zwei "illegale" Öltanker in internationalen Gewässern vor Venezuela beschlagnahmt. Und: Was ist mit der Freiheit der Schifffahrt in weniger wichtigen Seewegen?

**Anmerkung 16 (Seite 5):** Sehr loblich liest sich das Vorhaben, die Freiheit und Sicherheit Europas bewahren zu wollen (dass man das bezahlt haben und so Aufträge für die eigene Rüstungsindustrie hereinholen möchte, sei einmal außen vor gelassen). Allerdings habe (wohl nicht nur) ich den Eindruck, dass es den europäischen Verbündeten der USA und deren Zivilisation an Selbstbewusstsein keinesfalls mangelt und bei ihnen die "westliche Identität" (von einigen Staaten des ehemaligen "Ostblocks" einmal abgesehen) durchaus erhalten geblieben ist. Diese scheint mir eher den Trump'schen Republikanern und der MAGA-Bewegung abhandeln gekommen zu sein. Diese scheinen diese Identität derzeit eher beim russischen Machthaber Wladimir Putin zu sehen und zu suchen, was der Sicherung von Europas Sicherheit und Freiheit eher ab- als zuträglich sein dürfte.

**Anmerkung 17 (Seite 5):** Auch ein Element des oben bereits behandelten "Soft Power"-Konzepts. Das Problem ist insbesondere, dass die Definitionen der in der Anmerkung zuvor abgehandelten "westlichen Identität" und der mit dieser untrennbar verbundenen Werte in den USA und den meisten westeuropäischen Staaten nicht mehr übereinstimmen. Daher kommt es zu gravierenden Unstimmigkeiten bei der Anwendung aus den USA stammender IT (importiert etwa von Alphabet, Meta [Google, Facebook] oder Elon Musks X) in Europa. Dabei ist Musks doch sehr spezieller Freiheitsbegriff nicht der meinige (und wohl auch nicht der der meisten Westeuropäer)

**Anmerkung 18 (Seite 5):** Diese "lebenswichtigen" nationalen Interessen sind vor allem wirtschaftlicher Natur - wen wundert's, Donald Trump ist schließlich Geschäftsmann und kein Politiker, und die meisten seiner Berater\*innen ebenso. Selbstverständlich muss die Förderung der eigenen Wirtschaft und des Wohlstands der eigenen Bevölkerung ein überaus wichtiges Feld jeglicher nationaler Politik sein. Dabei jedoch so gut wie keine Rücksicht auf die Belange anderer, insbesondere befreundeter, Nationen und auf Menschen zu nehmen, die sich in größter existenzieller Not befinden oder ihrer elementarsten Rechte beraubt sind, sollte nicht Gegenstand nationaler Politik sein - insbesondere nicht für Menschen, die sich als Christen verstehen und ausdrücklich auf die Bibel berufen.

**Anmerkung 19 (Seite 6):** Das muss schon fast wie Hohn anmuten: Trump und seine Gesinnungsgenossen sind, inspiriert durch das wesentlich von der Heritage Foundation entwickelte "Project 25", gerade dabei, das gesamte im Wesentlichen seit der Staatsgründung etablierte politische System der USA von Grund auf "umzukrempleln". Nicht gerade wenige politische Beobachter (auch einheimische) sind der Auffassung, dass viele der im (noch nicht einmal zu Ende gegangenen) 1. Jahr von Trumps 2. Amtszeit vorgenommenen Änderungen an diesem (wohl richtiger: Eingriffe in dieses) System bereits jetzt nur mühsam bzw. mit einem großen zeitlichen Vorlauf wieder rückgängig gemacht werden können.

**Anmerkung 20 (Seite 5):** ... die gewaltig aufpassen müssen, dass sie von der Trump-Administration nicht zu Vasallen und abhängigen Befehlsempfängern degradiert werden (feudalistische Tendenzen in dieser Nationalen Sicherheitsstrategie wurden bereits angesprochen)

**Anmerkung 21 (Seite 6):** Erst einmal zur Information: "DEI" steht für die englischen Begriffe Diversity, Equity und Inclusion (Vielfalt, Gerechtigkeit, Inklusion). Damit werden Begriffe beschrieben, die nach europäischem Verständnis "essenzielle Faktoren für eine gerechtere Gesellschaft und erfolgreiche Organisationen" (so praxistipps.focus.de) darstellen. Heißt also nichts anderes, als dass sich die Vorstellungen, wie eine gerechte und erfolgreiche Arbeitswelt gestaltet sein sollte, in den USA und im westlichen Europa in nahezu entgegengesetzte Richtungen entwickeln werden. Nimmt man hierzu das "Soft Power"-Konzept hinzu, so kann man sich rasch vorstellen, wie die transatlantischen Beziehungen aus Sicht der USA künftig gestaltet sein sollten.

**Anmerkung 22 (Seite 7):** ... aber selbstverständlich nicht in solche, die die Belastung dieses Planeten durch menschliche Aktivitäten verringern und damit ein Stück

weit für die Erhaltung einigermaßen menschenwürdiger Lebensumstände für große Teile der in weniger entwickelten, wegen ihrer Rohstoffvorkommen auch für den Wohlstand in den USA wichtigen Ländern lebenden Menschen sorgen würden. Man könnte auch kürzer formulieren: "America first = Nach uns die Sintflut" (möglicherweise noch nicht einmal im übertragenen Sinne). Und letztlich könnte es sogar Amerika selbst treffen - was Trump selbst allerdings (leider) nicht mehr erleben wird.

**Anmerkung 23 (Seite 7):** Auf gut bayrisch: "Mia san mia!"

**Anmerkung 24 (Seite 8):** Es tut mir Leid, aber das Letzte, was ich an der hier dargestellten Strategie erkennen kann, ist auch nur eine Spur von Zurückhaltung (mit einer solchen könnte "America first" auch gar nicht funktionieren!).

**Anmerkung 25 (Seite 8):** Na klar! Er wollte den Friedensnobelpreis (den er zum Glück nicht bekommen hat, dafür eine andere, letztlich durchaus auch nicht unumstrittene Person). Zwar hat er in einigen Fällen tatsächlich ein Schweigen der Waffen erreicht, doch oft auch nur ein äußerst fragwürdiges. Der Waffenstillstand in Gaza ist längst kein vollständiger, die Hilfslieferungen erreichen bei Weitem nicht den vereinbarten Umfang, zwischen Thailand und Kambodscha und im Ostkongo sind die Kämpfe wieder aufgeflammt, und im Sudan und im russischen Angriffskrieg konnten bisher keine wirklichen Fortschritte verbucht werden - auch weil Trump offenbar nicht bereit ist, ernsthafte Druckmittel gegen den von ihm mehr oder weniger offensichtlich bewunderten Wladimir Putin einzusetzen.

**Anmerkung 26 (Seite 8):** Es scheint als gehöre zu dieser Strategie auch, zum Erreichen des beschriebenen Ziels zunächst einmal regionale Konflikte zu schüren oder sogar zu schaffen. Anders lassen sich das derzeitige (Ende 2025) Vorgehen der USA gegen Venezuela (das Führen eines angeblichen Drogenkriegs mit der Beschuldigung, dessen Präsident Maduro sei Boss eines Drogenkartells) mit dem offensichtlichen (Fern-)Ziel des Sturzes der Regierung oder deren Bemühungen, das zu Dänemark (einem NATO-Mitglied und damit nominellem Verbündeten!) gehörende Grönland dem US-Territorium einzuverleiben, nicht wirklich erklären.

**Anmerkung 27 (Seite 8):** Donald J. Trump ist kein Politiker, sondern Geschäftsmann, und seine Bemühungen, "diplomatische" Erfolge (etwa zur Beendigung von Kriegen oder Handelskonflikten) zu erzielen zeigen, dass er die Regeln der klassischen Diplomatie (folgerichtig) nicht beherrscht (bzw. sie auch gar nicht beherrschen will). Bis jetzt (Ende 2025) scheint es allerdings, dass die vermeldeten Erfolge oft wenig nachhaltig sind, oder dass angestrebte Erfolge entweder ganz ausbleiben oder

nur mit weitaus höherem Aufwand als zunächst geplant erreicht werden können. Es entsteht zumindest gefühlt ein chaotisch anmutendes "Hin und her", das ein auch in der Diplomatie notwendiges Vertrauen nicht herzustellen vermag.

**Anmerkung 28 (Seite 8):** Auch wenn ich das früher nicht unterschrieben hätte: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat mein Denken insoweit grundlegend verändert und mir deutlich gemacht, dass diese Aussage stimmt. Allerdings scheinen die Entwicklungen rund um die Bemühungen Trumps zur Beendigung dieses Krieges zu zeigen, dass er selbst diese Position nicht wirklich ernst nimmt. Obwohl die übergroße Mehrzahl der westlichen Militärstrategen, viele der führenden Politiker der die Ukraine unterstützenden Staaten und auch die Ukraine selbst immer wieder darauf hinweisen, Putin müsse durch das Zeigen (auch) militärischer Stärke zur Einsicht der Sinnlosigkeit der Fortführung dieses Krieges gebracht werden, knickt Trump nach vorsichtigen Ansätzen hierzu immer wieder ein.

**Anmerkung 29 (Seite 9):** Zum einen wäre zunächst einmal zu klären, was unter der "kulturellen Gesundheit" einer Gesellschaft überhaupt verstanden werden soll. Zum anderen: Was hat dies in einer nationalen Sicherheitsstrategie zu suchen, in der vorwiegend außenpolitische Ziele definiert werden? Der Verdacht liegt nahe, dass es hier um die Einflussnahme auf Inhalte anderer Kulturen (Stichwort: "Soft -Power") gehen soll. Das sollten sich andere Staaten verbitten.

**Anmerkung 30 (Seite 9):** Prinzipiell ist diesen Erwägungen durchaus zuzustimmen. Der Teufel steckt aber - wie so häufig - im Detail: So hätte einerseits das Prinzip des Nicht-Interventionismus fast dazu geführt, dass Hitler im 2. Weltkrieg die Herrschaft über ganz Europa erlangen konnte - erst der Angriff des mit Deutschland verbündeten Japan auf Pearl Harbor brachte die USA zum Umdenken. Und andererseits wird hier zwar betont, bei einer nach den wohlverstandenen Interessen der USA dennoch als notwendig anzusehenden Intervention seien "hohe Maßstäbe" zu setzen; die Einzelheiten der in diesem Dokument definierten Strategie und die ersten auf dieser Grundlage durchgeführten oder angekündigten Maßnahmen legen jedoch nahe, dass die hier dargestellte von den Gründervätern formulierte Begründung für den Nicht-Interventionismus - die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der anderen Nationen - nicht wirklich ernst genommen wird.

**Anmerkung 31 (Seite 9):** Zunächst einmal ist anzumerken, dass "friedliche Handelsbeziehungen" offenbar längst nicht mit allen Nationen gesucht werden, nicht einmal mit allen, die sich dem demokratischen System verpflichtet fühlen. Das belegt zum einen die von Donald Trump praktizierte Politik, praktisch alle Länder der Welt

mit Steuern zu überziehen. Zum zweiten ist etwa Brasilien - erklärtermaßen - allein deshalb mit Zöllen belastet worden, weil dessen Justiz einen in einem demokratischen Prozess abgewählten, von Trump allerdings unterstützten Politiker wegen eines Putschversuchs verurteilt hatte, nachdem dieser seine Abwahl - ebenso wie Trump 2020/21 - nicht anerkennen wollte. Und drittens ist auch das Vorgehen der USA gegen Venezuela seit dem Herbst 2025 in keiner Weise mit diesen Ausführungen zu vereinbaren; nahezu alle politischen Beobachter sind sich darin einig, dass die als Grund hierfür angegebene Bekämpfung des Drogenhandels in die USA nur ein vorgeschobener ist.

**Anmerkung 32 (Seite 9):** Es mag (hier kommt es bereits auf den Blickwinkel an) gerade noch "natürlich" sein, dass Nationen ihre Interessen in den Vordergrund stellen; gerecht ist es in einer Welt, deren größer gewordene, überwiegend von der in ihrer Zahl immer weiter anwachsenden Menschen verursachten Probleme von den Nationen nur noch im Zusammenwirken gelöst werden können, objektiv gesehen nicht (mehr; die Frage ist, ob es jemals gerecht war). Zudem übersieht diese Sichtweise vollkommen, dass es der (wenn auch wohl maßlos übersteigerte) Nationalismus der europäischen Staaten war, der den 1. Weltkrieg (und infolge der in seinem Nachgang begangenen politischen Fehler nahezu zwangsläufig den 2.) auslöste. Insofern muss der hier dargestellte und geforderte Vorrang nationaler Interessen als ein Irrweg angesehen werden, ebenso wie das Ziel der Schwächung transnationaler Organisationen.

**Anmerkung 33 (Seite 10):** Es wird vielschichtig! Die "Aushöhlung" der nationalen Souveränität wird auch von nationalistisch eingestellten Regierungen einiger EU-Staaten gerne erhoben. Dabei geht es gar nicht um eine solche, sondern im Kern um das Bemühen, Menschen ihre universal verbrieften Rechte zu sichern bzw. möglichst weltweit zu garantieren. Übersehen wird bei dieser Argumentation, dass dies auch ein Beitrag zur Eindämmung der weltweiten Fluchtbewegungen sein kann: Menschen, deren Rechte in ihrer Heimat geachtet und garantiert werden, werden geringere Veranlassung sehen, diese zu verlassen. Und: Meinungsfreiheit ist ein extrem hohes Gut, und sie ist eine der wichtigsten Grundlagen der Staatsform "Demokratie". Aber sie muss - wie jede andere Form von Freiheit - ihre Grenze dort haben, wo ihre Ausübung Rechte und Freiheiten anderer Menschen bedroht. Das hat nichts mit Zensur zu tun!

**Anmerkung 34 (Seite 10):** Es wird nun auch noch abenteuerlich! Wenn sich die USA - zu Recht oder zu Unrecht (das kann hier dahingestellt bleiben) - gegen eine Einflussnahme ausländischer Mächte auf ihre Politik wehren, sich aber andererseits

("Soft Power"; s. weiter oben) das Recht herausnehmen, eben dies zur Wahrung ihrer nationalen Interessen selbst zu tun, so grenzt das schon sehr stark an mindestens die Negierung, wenn nicht gar die Beugung internationaler Gepflogenheiten (Rechts?). Und: Welche andere nationale Macht oder gar inter- oder transnationale Organisation soll bitteschön Einfluss auf die Ausgestaltung des us-amerikanischen Einwanderungsrechts genommen haben? Ich benutze diesen Begriff wegen seines oft "inflationären" Gebrauchs höchst ungern, aber das ist klassische Verschwörungstheorie!

**Anmerkung 35 (Seite 10):** Mit Verlaub: Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die USA - noch dazu unter tatkräftiger Mitwirkung von Donald Trump höchstpersönlich - gerade mit aller Macht daran sind, ohne Not eine solche Nation (wieder) entstehen zu lassen bzw. sie sich geradezu heranzuzüchten. Nicht nur das Verhalten bei den Bemühungen um eine Beendigung des Ukraine belegt, dass der russische Präsident Wladimir Putin einen enormen Einfluss auf ihn auszuüben vermag; Dokumentationen belegen eine bereits seit Sowjetzeiten andauernde Einflussnahme Russlands auf Trump bis hin zur Erzeugung von (finanziellen) Abhängigkeiten. Es scheint, dass es Putin immer wieder gelingt, Trump gegenüber seine durchaus als "imperialistisch" einzustufenden wahren Absichten zu verschleiern.

**Anmerkung 36 (Seite 10):** Geh't's noch?!?! Ich bin versucht zu der Bemerkung, dass mir eine solch' dreiste Lüge selten untergekommen ist! Was anderes (ich sehe mich hier möglicherweise in gewissem Sinne zu Wiederholungen genötigt) als das Streben nach einer globalen Vorherrschaft ist im Grunde das in diesem Dokument ausdrücklich als Strategieinstrument benannte und sowohl nach diesem anzuwendende als auch in der Vergangenheit (auch vor Donald Trump) bereits zur Anwendung gekommene Konzept des "Soft Power"? Wäre diese Einlassung in ihrer Wirkung nicht so hochgradig gefährlich, könnte man sie nur als "extrem lächerlich" einstufen!

**Anmerkung 37 (Seite 10):** Was soll diese Einlassung? Es ist richtig: einen solchen Einfluss hat es immer gegeben und wird es immer geben. Die USA selbst üben ihn gegenwärtig in der zweiten Amtszeit von Donald Trump in einer für viele Staaten dieser Welt geradezu unerträglichen Weise aus. Nur ist dies einerseits dem Umstand geschuldet, dass sich nun einmal auf weiten Teilen dieses Planeten der Kapitalismus als Wirtschaftssystem durchgesetzt hat, und andererseits kann diese Erscheinung nur durch ein unter möglichst vielen Staaten ausgehandeltes Regulierungsabkommen eingegrenzt werden. Ein solches gab es; Donald Trump hat es durch seine Politik der willkürlich verhängten Zölle faktisch außer Kraft gesetzt.

**Anmerkung 38 (Seite 10):** Diese Einlassungen negieren eindeutig, dass in den USA (so nehme ich es jedenfalls wahr) ein weitgehend ungezügelter Kapitalismus herrscht. Diesem System ist nun einmal eigen, dass es Gewinner und Verlierer, ein "oben" und ein "unten", reiche und arme Menschen geben muss. Somit handelt es sich bei diesen Ausführungen um reine Propaganda (man könnte sie auch als Wähler-täuschung oder "Bauernfängerei" bezeichnen). Zudem erschließt sich mir in absolut keiner Weise, was sie in diesem Dokument verloren haben; sie haben einen rein innenpolitisch-deklaratorischen Charakter.

**Anmerkung 39 (Seite 10):** (Leider fehlt hier ein kleinerer Textteil.)

Die USA fühlen sich unfair behandelt. Das war bereits in Donald Trumps 1. Amtszeit thematisiert worden. Hinsichtlich des Militärbündnisses NATO (über andere kann ich nicht urteilen) ist diese Kritik sehr wohl berechtigt. In Handelsfragen kann ich mir kein eigenständiges Urteil erlauben. Hier gehen meine Informationen dahin, dass im Bereich materieller Güter in der Tat ein Ungleichgewicht zuungunsten der USA bestanden hat. Andererseits haben die USA seit geraumer Zeit ein enormes Übergewicht im Bereich des Exports von Informationstechnologien. Letzteres bleibt jedoch in den Rechnungen von Trump völlig unberücksichtigt. Berechnungen, inwieweit sich diese Ungleichgewichte ausgleichen, sind mir nicht bekannt. Unberücksichtigt bleibt auch der Wert der immensen Datenmengen, die auf Servern in den USA gespeichert und somit der Kontrolle durch ihre Eigentümer weitestgehend entzogen sind.

**Anmerkung 40 (Seite 11):** Lese ich das richtig: Es gibt eine spezifische (und dazu noch überlegene) us-amerikanische Zivilisation? Die übrige Menschheit ist also weniger oder gar überhaupt nicht zivilisiert? Eine solche Anmaßung ist nahezu unfassbar. (Man denke nur daran, wie wenig zivilisiert sich einst US-Soldaten im Irak [odeir etwa in Guantanamo] und aktuell in Venezuela verhalten haben.)

**Anmerkung 41 (Seite 11):** Diese Formulierung ist ein klassisches Beispiel für den hin und wieder einmal bemühten "Treppenwitz der Geschichte": Gerade solche Ideologien wie die hier beschriebenen leiten diese "Nationale Sicherheitsstrategie"!

**Anmerkung 42 (Seite 11):** Dem ist als solchem zunächst einmal wenig hinzuzufügen - außer vielleicht: Die hier beklagte "Massenmigration" hat Ursachen. Nur die wenigsten Menschen werden ohne Not ihre Heimat verlassen. Menschen fliehen nicht in erster Linie in ein Land, um dort etwas verändern zu wollen. Sie fliehen, weil sie sich in ihrer Heimat nicht mehr sicher fühlen oder weil ihnen dort - auch aus materiellen Gründen - ein menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich zu sein scheint. Für Letzteres kann auch (und möglicherweise sogar gerade) die Politik westlicher

Länder (und hier wiederum auch und gerade die der USA) verantwortlich sein. Diese Menschen nun nicht mehr aufnehmen zu wollen und sie darüber hinaus noch pauschal zu kriminalisieren, ist ziemlich blanker Zynismus. (Nur nebenbei: Diese Kritik lässt sich ebenso auf die neuesten Entwicklungen in der EU-Migrationspolitik anwenden.)

**Anmerkung 43 (Seite 12):** "Der Zweck" könnte sehr schnell die Vermutung nahelegen, die Erfüllung der nachfolgend genannten Aufgabe der Regierung der USA sei deren einziger Zweck. Wäre dies so, wären die USA aus moralisch-politischer Sicht ein ziemlich armes Land. Festzuhalten ist außerdem, dass die Gründerväter der USA die Rechte der Bürger ihres Landes zwar auf der Basis ihres christlichen Glaubens formuliert haben mögen; dennoch sind sie eben von ihnen als Menschen (und eben nicht von Gott) gegeben worden. Zudem spielten die mit der Französischen Revolution entwickelten Ideale eine wesentliche Rolle bei der Abfassung der Verfassung der USA - und die basierten längst nicht nur auf christlichen Werten!

**Anmerkung 44 (Seite 12):** Hoppla! Der Regierung der Vereinigten Staaten wurden zum Schutz der Rechte der Bürger dieses Landes Befugnisse übertragen. Das ist soweit zunächst richtig. Ob diese weitreichend waren (nämlich zum Zeitpunkt dieser Übertragung), kann ich aus eigenem Wissen nicht wirklich beurteilen; mir ist aber bekannt, dass sich die Autoren der US-Verfassung sehr wohl vom Prinzip der Gewaltenteilung haben leiten lassen. Insoweit könnte der Verdacht begründet sein, dass diese Befugnisse nicht übermäßig weitreichend waren (sie aber von den Autoren dieses Dokuments so ausgelegt werden). Dass die Befugnisse einer Regierung nicht missbraucht werden dürfen (schon gar nicht zu einem vorgeblichen "Schutz der Demokratie") sollte in einem demokratischen Staat selbstverständlich sein. Dumm ist nur: Ausgerechnet die Regierung, die diese Worte formuliert hat, versucht dies gerade mit beachtlicher Vehemenz! Es bleibt zu hoffen, dass der "Obermissbraucher" hierfür wirklich einmal zur Rechenschaft gezogen wird (ich befürchte jedoch, dass dies auf eine sehr natürliche Weise verhindert werden wird).

c

**Anmerkung 45 (Seite 12):** In den allermeisten Ländern Westeuropas, speziell auch im angelsächsischen Raum, vermag ich entsprechende Gefährdungen nicht oder allenfalls eingeschränkt zu erkennen. Wo es sie gibt, gehen sie von Parteien aus, die überwiegend ideologisch der "MAGA"-Bewegung Donald Trumps nahestehen oder sogar von dieser unterstützt werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich seit dem Beginn von Trumps 2. Amtszeit die (regierungsamtlichen) Definitionen von Presse- und Meinungsfreiheit offenbar deutlich gewandelt haben und sich nun erheblich von den lange Zeit in den USA geltenden und von dort nach dem Ende

des 2. Weltkriegs nach Deutschland und von diesem in diesem Krieg besetzt gehaltene Teile Westeuropas "exportierten" erheblich unterscheiden.

**Anmerkung 46 (Seite 12):** Streng genommen wird hier nur ausformuliert, was Regierungen der USA auch schon vor der 1. Amtszeit Trumps von ihren Verbündeten erwarteten - nur haben diese es nicht so deutlich ausgesprochen, und die hatten es demzufolge nicht wirklich ernst genommen. Betrachtet man es objektiv, so ist die Forderung nach einer ausgewogeneren Verteilung der mit der Verteidigung der europäischen Staaten verbundenen (finanziellen) Lasten auch sehr wohl gerechtfertigt. Den letzten (markierten) Satz finde ich jedoch ein wenig problematisch: Fragen der (Bündnis-)Verteidigung und Handelsfragen sollten wohl eher voneinander getrennt behandelt werden.

**Anmerkung 47 (Seite 13):** Es klingt anmaßend, und es ist auch wohl (mindestens) ziemlich problematisch: "Friedensabkommen auf Anweisung des Präsidenten" (oder bezieht sich dies auf "die Suche nach"?; viel unproblematischer wäre das allerdings auch nicht). Denn: Weder Friedensabkommen noch die Suche nach diesen lassen sich einfach so von einem Präsidenten anordnen (wenngleich das bei der Suche ein klein wenig eher möglich sein sollte), auch nicht von dem der USA. Die von Donald Trump initiierten Friedensabkommen zeichnen sich zudem häufig durch eine gewisse Brüchigkeit aus (DR Kongo vs. Ruanda, Thailand vs. Kambodscha), durch stockende Umsetzung eines mehrstufigen Konzepts (Gaza) oder dadurch, dass die diplomatischen Fähigkeiten dieses Präsidenten und seiner Mitarbeiter (dazu gleich mehr) nicht ausreichen, erst einmal überhaupt die Waffen zum Schweigen zu bringen (Ukraine-Krieg).

**Anmerkung 48 (Seite 13):** Mit Verlaub: Die "Diplomatie des Präsidenten" fußt erkennbar nicht auf den Grundsätzen und Regeln der herkömmlichen Diplomatie. Festzuhalten ist auch, dass dieser Präsident und die in seinem Auftrag diplomatisch tätigen Personen dem Business-Bereich entstammen und in der Vergangenheit daher eher weniger mit der Lösung politischer Probleme befasst gewesen sein dürften. Nun mag man bisweilen der Ansicht sein, dass traditionelle Vorgehensweisen nicht immer zum gewünschten Erfolg geführt haben und es daher an der Zeit sei, neue auszuprobieren. Mir scheint allerdings, dass die bisherigen Ergebnisse dieser Bemühungen auch nicht wirklich zu überzeugen vermögen.

**Anmerkung 49 (Seite 13):** Zunächst ist es ein sicherlich legitimes Ziel, die Stärkung der eigenen Wirtschaft erreichen und deren Benachteiligung durch unfaire Handelspraktiken abwehren zu wollen. Dabei sollte aber auch anerkannt werden, dass ande-

re Nationen völlig zu Recht dieselben Ziele verfolgen werden. Würden nun alle Nationen nach diesen Prinzipien verfahren, wäre ein funktionierender Welthandel kaum noch möglich. Zudem zeigt sich bereits jetzt, dass die Trump'sche Politik, die eigene Wirtschaft mittels Importzöllen schützen zu wollen, zwar einigen Wirtschaftszweigen Vorteile bringen kann, andere - auf bestimmte Importe angewiesene - jedoch ebenso wie die eigenen Verbraucher (Inflation!) in Schwierigkeiten bringt.

**Anmerkung 50 (Seite 13):** Eine gewissermaßen "nette" Einlassung: "räuberischen Wirtschaftspraktiken" soll entgegengewirkt, aber der Zugang der USA zu kritischen Mineralien und Materialien "muss erweitert" werden. Klingt zunächst einmal unverfänglich und harmlos. Betrachtet man jedoch den gerade (Anfang Januar 2025) praktizierten Umgang mit den venezolanischen Ölvorkommen, so dürfen an dieser Darstellung einige Zweifel geäußert werden: Wenn ein Besitzanspruch allein daraus abgeleitet wird, dass diese einmal von us-amerikanischen Unternehmen erschlossen wurden, dann darf zumindest einmal darüber nachgedacht werden, ob das nicht eine "räuberische Praktik" ist.

**Anmerkung 51 (Seite 13):** Es wäre mir neu, dass die USA jemals deindustrialisiert worden wären. Zwar ist es richtig, dass einige Industriezweige - darunter auch die Autoindustrie etwa in Detroit und Umgebung - erheblich an Bedeutung verloren haben und in diesen die Arbeits- und damit die Perspektivlosigkeit in der dortigen Bevölkerung extrem angestiegen ist. Dies könnte aber eher weniger äußeren oder gar "feindlichen" Einflüssen als vielmehr der Tatsache geschuldet sein, dass die hergestellten Produkte (aufgrund mangelnder Qualität oder Modernität?) nicht mehr den Ansprüchen der Kundschaft entsprachen.

**Anmerkung 52 (Seite 14):** Zu Trumps Zollpolitik habe ich mich bereits geäußert (s. Anmerkung 49). Zwar fehlt mir hier das notwendige ökonomische Wissen für eine abschließende Beurteilung; dennoch weiß ich, dass Ökonomen teils auf die Gefahr hinweisen, durch diese Zölle könne die inländische Inflation angeheizt werden. Nach meinen Informationen hat sich eine solche Entwicklung in den letzten Monaten bereits abzuzeichnen begonnen. Damit aber wäre fraglich, ob sich der "Lebensstandard der amerikanischen Arbeitnehmer" tatsächlich auf diese Weise erhöhen lassen wird.

**Anmerkung 53 (Seite 14):** Irgendwie wäre es ja fast schön, wenn es sich beim Klimawandel und der aus dessen Existenz abgeleiteten Notwendigkeit der Begrenzung des Ausstoßes von Kohlendioxid "nur" um "Ideologien" handeln würde. Dummerweise ist es aber so, dass zumindest für die übergroße Zahl der Wissenschaftler\*innen auf dem Planeten die Messergebnisse und auch die Analysen vergangener Ereignis-

se (etwa die Auswertung von Eisbohrkernen) keine anderen Schlüsse zulassen als die, dass zum einen der Klimawandel ein Fakt und dieser zum anderen auch noch im Wesentlichen durch menschliche Aktivität(en) verursacht ist. Dies zu ignorieren dürfte langfristig die Sicherheit der USA (zumindest aber die von deren Bevölkerung in den Küstenregionen) erheblich gefährden.

**Anmerkung 54 (Seite 15):** Schon vor der Veröffentlichung dieses Dokuments gab es erste Andeutungen für eine Wiederbelebung dieser Doktrin, deren Geltung noch unter der Obama-Regierung für beendet erklärt worden war. Bereits kurz nach Beginn seiner 2. Amtszeit erklärte Donald Trump, Kanada als 51. Staat in die USA eingliedern und die Kontrolle über (das zum NATO-Staat Dänemark gehörende) Grönland übernehmen zu wollen. Nur wenige Monate nach ihrer Verkündung griffen die USA im Januar 2025 militärisch in Venezuela ein und entführten dessen Präsidenten. Seither werden verstärkt Drohungen laut, im kommunistisch regierten Kuba eingreifen zu wollen, und auch Besitzansprüche auf Grönland werden wieder vehement geltend gemacht.

**Anmerkung 55 (Seite 16):** Das ist die offizielle und öffentliche Ankündigung, zum Schutz der eigenen (durchaus umfassend verstandenen) nationalen Sicherheit den Weg des (auch internationalen) Rechts zu verlassen und ohne eine objektive Überprüfung von Anschuldigungen zuzulassen schlicht Selbstjustiz zu üben. Damit wird ein möglicherweise entscheidender Schritt gesetzt weg von einer an Werten orientierten und überprüfbaren Rechtsordnung zu einem archaischen und überwunden geglaubten Recht des Stärkeren. Die Folgen für die gesamte Weltordnung könnten unabsehbar sein...

**Anmerkung 56 (Seite 16):** Was hier als Handels"diplomatie" bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit die Erklärung eines (schon vor der Veröffentlichung dieses Dokuments längst eröffneten weltweiten) Handels"kriegs"! Auch hier wird unter Einsatz des soeben erwähnten Rechts des Stärkeren versucht bestehende, unter gleichberechtigten und auf Augenhöhe agierenden Partnern ausgehandelte Handelsabkommen auszuhebeln und Bedingungen zu schaffen, die günstige Bedingungen (nahezu) ausschließlich für die USA schaffen.

**Anmerkung 57 (Seite 17):** In der zweiten Dekade des Januar 2025 haben sich die Spannungen rund um die Gebietsansprüche, die Präsident Trump bereits seit kurz nach dem Beginn seiner 2. Amtszeit auf die zum NATO-Mitglied Dänemark gehörende Insel Grönland erhebt, noch einmal erheblich verstärkt. Aktuell droht er in dieser Frage acht NATO-Verbündeten, die ihre Bereitschaft zur Stärkung ihrer Anstrengun-

gen zu einer besseren militärischen Absicherung des Seegebiets um Grönland erklärt haben, mit Strafzöllen, sollten sie sich einem Kauf Grönlands (das ist seine neueste Variante für die Übernahme der Insel, wofür er 700 Mrd. \$ [!] auszugeben bereit ist) dauerhaft widersetzen. So stärkt man keine Sicherheitspartnerschaften!!!

**Anmerkung 58 (Seite 17):** Dass man bestehende Partnerschaften ausbauen möchte, ist leicht nachvollziehbar und ohne Weiteres legitim. Auffällig ist hier allerdings das Wort "derzeit"; es beinhaltet die recht unverhohlene Drohung: 'Wer nicht nach unserer Pfeife tanzen möchte, der kann womöglich auf unsere Partnerschaft pfeifen!' Diese aggressive Haltung bestätigt sich aktuell im Konflikt um Grönland (s. die vorangehende Anmerkung).

**Anmerkung 59 (Seite 17):** Diese Ausführungen könnten einerseits als eine der Grundlagen für das Ansinnen angesehen werden, Grönland besitzen (und womöglich eben kaufen) zu wollen. Andererseits lassen sie durchaus die Frage zu, weshalb es die USA ablehnen, sich im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nach der 2. Regierungsübernahme durch Donald Trump weiterhin militärisch zu engagieren. Damit wird zumindest potenziell zugelassen, dass es jedenfalls langfristig einem "Konkurrenten" gelingen kann, "feindlichen Einfluss" auf die eigene Hemisphäre auszuüben.

**Anmerkung 60 (Seite 18):** Ist mir hier etwas entgangen? Mir ist nicht erinnerlich, von solchen Aktivitäten bzw. Informationen jemals gehört zu haben. Also müsste es sich um unter äußerster Geheimhaltung durchgeführte Aktionen gehandelt haben. Sollte es sie tatsächlich gegeben haben, müssten dennoch entsprechende Erfolge nach außen sichtbar geworden sein; auch solches ist - jedenfalls für mich - nicht erkennbar. Fake News? Wunschdenken?

**Anmerkung 61 (Seite 18):** Ob alle amerikanischen Waren "von höherer Qualität" sind als die anderer Länder, darf anhand einer aktuellen Information füglich bezweifelt werden: Eine Fernseh-Dokumentation über die bevorstehende bemannte Mondmission "Artemis 2" berichtet, dass das Service-Modul der Raumkapsel in Europa konstruiert wurde und gebaut wird...  
Und auch das mit den Bedingungen scheint mir so eine Sache zu sein. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an die Trump'sche Zollpolitik: "Kaufst du unsere Produkte nicht, bekommst du von mir Zölle!"

**Anmerkung 62 (Seite 18):** In einer Welt souveräner Staaten (zu deren Souveränität allerdings auch gehören muss, frei über ihre Zugehörigkeit zu übernationalen, ihre

Souveränität in streng umrissenen Grenzen einschränkende Staatenzusammenschlüssen zu entscheiden) möchte auch ich leben. Aber muss diese unbedingt von den USA angeführt werden? Braucht eine solche Welt überhaupt einen "Anführer"? Sollten die Staaten (und in bestimmten Angelegenheiten ihre Zusammenschlüsse) nicht vielmehr in völliger Gleichberechtigung agieren?

**Anmerkung 63 (Seite 18):** Ernsthaft?! Druck auf Partnerländer ausüben, um "unsere" Hemisphäre zu schützen? Bei diesen Partnerländern handelt es sich um souveräne (unabhängige) Staaten, die folglich das international verbriefte Recht haben, über ihre Geschicke und damit über die von ihnen verfolgte Politik selbst zu entscheiden. Grenzen können allenfalls dort gesetzt sein, wo die ebenfalls international anerkannten Menschenrechte in Gefahr sind. Und: Da mit "unsere" Hemisphäre (hoffentlich) die gemeinsame (und nicht eine ausschließlich den USA gehörende) gemeint ist, werden diese Partnerländer aller Wahrscheinlichkeit nach ein ebensolches Interesse an deren Schutz haben wie die USA. Diese Einlassung ist für mich nichts anderes als Ausdruck eines modernen, aber gleichwohl überkommenen Imperialismus!

**Anmerkung 64 (Seite 18):** Grundsätzlich akzeptiert! Allerdings sollte er dabei die in dem jeweiligen Land (auch die dort aufgrund seiner international eingegangenen Verpflichtungen) geltenden Gesetze und Regeln anerkennen und sich an diese halten.

**Anmerkung 65 (Seite 19):** (IT-)Imperialismus mit höchstem Reinheitsgrad! Alle mit den USA (bisher und noch) verbündeten Staaten sollten größte Anstrengungen unternehmen, sich baldestmöglich in digitaler Hinsicht unabhängig von digitalen Diensten zu machen, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich von den USA kontrolliert werden. Das gilt auch für Deutschland, wo die Regierung trotz der bekannten Risiken noch zu wenige Anstrengungen hierzu unternimmt.

**Anmerkung 66 (Seite 19):** Diese Analyse ist möglicherweise nicht einmal völlig falsch. Als völlig falsch dürfte aber der Schluss einzuschätzen sein, den Donald Trump und die von ihm geführte US-Regierung aus ihr gezogen haben - nämlich diese "regelbasierte internationale (Wirtschafts- und Handels-)Ordnung" durch den von ihm verfolgten Ansatz, den internationalen Handel mit den USA ausschließlich die Verhängung und (Wieder-)Aufhebung von Zöllen zu regeln, ablösen zu wollen. Es könnte sein, dass dies den USA und den dort ansässigen Unternehmen langfristig mehr schadet als nützt.

**Anmerkung 67 (Seite 20):** Ist das wirklich so? Ich muss zugeben, mir hierüber kein Urteil erlauben können, wage aber dennoch, diese Behauptung anzuzweifeln. Auch vorherige US-Regierungen werden sich der gewachsenen wirtschaftlichen Stärke Chinas bewusst gewesen sein, mögen aber tatsächlich hieraus nicht die notwendigen wirtschaftlichen und strategischen Schlüsse gezogen haben.

**Anmerkung 68 (Seite 21):** Dies betrifft folglich auch befreundete und Partnerländer!

**Anmerkung 69 (Seite 21):** D'accord! Das (Europa und insbesondere Deutschland betreffende) Problem ist nur folgendes: Für die Vergangenheit ist in der Tat anzuerkennen, dass hinsichtlich industrieller Produkte ein z.T. beträchtliches Handelsungleichgewicht zuungunsten der USA bestand (und möglicherweise immer noch besteht). Bei der Beurteilung "unfairer" Handelspraktiken durch Donald Trump und die von ihm geführte Administration bleibt jedoch das in umgekehrter Richtung bestehende Ungleichgewicht im Bereich der IT-Dienstleistungen außen vor. Es ist die Frage, ob dieses womöglich größer ist als das im Bereich der industriellen Produkte.

**Anmerkung 70 (Seite 21):** Ebenfalls d'accord. Doch auch hier ein kleines, aber feines "Aber": Wie schon einmal angedeutet sind viele Daten aus aller Welt (und damit auch deutscher Unternehmen) auf Servern bzw. in Clouds gespeichert, die US-Unternehmen gehören und in den USA angesiedelt sind. Ausgerechnet dieses Dokument gibt aber nun Anlass zu der Sorge, dass sich die USA wegen ihrer (Neu-)Definition des Nationalen Sicherheitsinteresses auch von bisherigen Verbündeten und Partnerstaaten abwenden könnten. Im Zuge einer solchen Entwicklung wäre es jedenfalls nicht undenkbar, dass diese Daten in Beschlag genommen und auch für die hier inkriminierten Zwecke genutzt werden könnten. Selbstverständlich nur im Interesse der nationalen Sicherheit!

**Anmerkung 71 (Seite 21):** Danke schön! Was anderes als das, wogegen sich die USA hier verwahren, beinhaltet das auch in diesem Strategie-Papier niedergelegte und in seiner exklusiven Bedeutung mehrfach betonte Konzept des "Soft Power"? Viel deutlicher als hier kann das Konzept des von den USA mit dieser Nationalen Sicherheitsstrategie verfolgten modernen Imperialismus und der Ungleichbehandlung bzw. der Missachtung der Rechte souveräner Staaten kaum werden.

**Anmerkung 72 (Seite 21):** Vielen Dank für dieses - leider äußerst fadenscheinige - Angebot! Es wäre für die "Vertragspartner und Verbündeten" nämlich nur dann wirklich hilfreich, wenn es nicht ausgerechnet Bestandteil DIESES Papiers wäre. Ausweislich eben dieser Verortung soll es nämlich vor allem der Stärkung des Wirt-

schaftsstandortes USA dienen. Sollten dabei noch ein paar Brotkrumen für die "Vertragspartner und Verbündeten" abfallen, wäre dies allenfalls ein (womöglich sogar noch unerwünschter[?]) Nebeneffekt.

**Anmerkung 73 (Seite 21):** Ein weiteres Mal wird mit zweierlei (und eindeutig imperialistischem) Maß gemessen: Natürlich ist die Dominanz einer einzelnen Nation in allen Belangen der Weltpolitik außerordentlich schädlich. Das gilt aber nicht nur für mit den USA konkurrierende Nationen, sondern ebenso für sie selbst! Im Übrigen fordert dieses Konzept Anstrengungen anderer "konkurrierender Nationen" geradezu heraus, ihre Position gegenüber den USA mit allen nur möglichen Mitteln zu verbessern. Sowohl den internationalen Handelsbeziehungen als auch dem Weltfrieden kann dies nicht wirklich förderlich sein.

**Anmerkung 74 (Seite 21):** Auch ich muss - zu meinem großen Leidwesen - ein- und zugestehen, dass angesichts der zumindest gegenwärtigen und in ihrer Dauer nicht absehbaren Bedrohung des Friedens zumindest auf dem europäischen Kontinent durch die Russische Föderation, aber auch möglicherweise darüber hinaus durch diese oder die Volksrepublik China oder auch andere, derzeit nicht in diesem Fokus befindliche Staaten, in Militär- und militärisch nutzbare Technologien wird investiert werden müssen. Dennoch kann - und darf - dies nur eine Seite der Medaille sein. Einige der hier genannten Bereiche - insbesondere Weltraum- und Nukleartechnologie sowie KI - bergen derart große Gefahren für die (Weiter-)Existenz der gesamten Menschheit in sich, dass alle nur irgend möglich erscheinenden Anstrengungen zu ihrer Regulierung unternommen werden sollten. Dies wäre auch (und möglicherweise sogar in besonderem Maße) im nationalen Sicherheitsinteresse der USA.

**Anmerkung 75 (Seite 22):** Diese "erhebliche Deregulierung" nimmt insbesondere im IT-Sektor bedrohliche, d.h. Demokratie gefährdende, Ausmaße an. Hassrede und Menschen verachtende Propaganda sowie "Fake News" werden in den USA auf den so genannten Social-Media-Plattformen so gut wie nicht mehr bekämpft. Künstliche Intelligenz (KI) darf in den USA weitestgehend unreguliert (weiter-)entwickelt werden, was zu einer teils unmittelbaren Gefährdung von Menschen- und individuellen Persönlichkeitsrechten führt. Versuche, derartige Rechte bei Angeboten dieser Dienste im europäischen Raum zu schützen, werden teils mit Androhungen weiterer Zölle, teils mit Anfechtungen von wegen dieser Rechtsverstöße verhängten Strafen beantwortet. Hinzu treten Versuche, mittels des Einsatzes von "Soft Power" derartige Regulierungen zu verhindern bzw. rückgängig zu machen.

**Anmerkung 76 (Seite 22):** Das "Ungleichgewicht" in den globalen Handelsbeziehungen besteht weitestgehend aus us-amerikanischer Sicht (vgl. hierzu auch die zweite Anmerkung auf S. 25). Tatsächlich beklagen viele nicht us-amerikanische Ökonomen, dass die "America First"-Politik der USA die Weltwirtschaft wegen mangelnder Verlässlichkeit der jeweils einzuhaltenden Regeln nicht in ein neues Gleichgewicht bringe, sondern vielmehr in ein Chaos stürze - was langfristig auch für die US-Wirtschaft nachteilige Folgen haben könne (vgl. hierzu auch Anmerkung 18).

**Anmerkung 77 (Seite 22):** Leider hat diese Entschlossenheit (und der in der Tat fehlende gemeinsame Plan für die Zusammenarbeit mit dem "globalen Süden") dazu geführt, dass wesentliche Hilfen für die dort lebenden ärmsten Menschen auf diesem Planeten nicht mehr fortgeführt werden können. Hierdurch werden die bestehenden Reichtumsunterschiede zwischen dieser Region und dem "reichen Norden" weiter verschärft. Das ist nicht nur zutiefst inhuman; es könnte im Ergebnis letztlich auch zu einer Gefährdung des Weltfriedens (auch durch verstärkte Migration) und damit auch der nationalen Sicherheit der USA führen. Diese Politik ist folglich im Endeffekt eher kurzsichtig.

**Anmerkung 78 (Seite 22):** Ich glaube es nicht wirklich! Gerade diese hier gepriesenen Vorzüge der USA geraten (sofern sie überhaupt jemals existiert haben [Transparenz]) unter der Präsidentschaft von Donald J. Trump immer mehr ins Hintertreffen.

**Anmerkung 79 (Seite 23):** ... um sie dann - möglichst weitgehend ungeachtet ihrer eigenen ökonomischen und politischen Interessen - möglichst weit "über den Tisch zu ziehen". Alle Partnerstaaten der USA, insbesondere aber die europäischen, sollten jegliche Kooperationsangebote seitens der USA genauestens prüfen, bevor sie sich auf sie einlassen.

**Anmerkung 80 (Seite 23):** Vorsicht! Ist die von den USA entwickelte KI tatsächlich so überlegen, oder sind die Chinesen nicht vielleicht doch schon ein Stückchen weiter? Irgendwie gleichgültig: die eine (USA) ist weitestgehend von Regeln befreit, die die Rechte von Menschen auf die Wahrung ihrer Würde und ihrer Privatsphäre schützen würden, die andere (China) wird in einem in Europa geradezu unvorstellbaren Ausmaß zur Überwachung und Bespitzelung der eigenen Bevölkerung eingesetzt. Beides sind Anwendungsgebiete, die in Europa weitestgehend unerwünscht sein sollten, weil sie als Demokratie gefährdend anzusehen sind. Die Europäer sollten strengstens darauf achten, dass die von ihnen für die Anwendung von KI entwickelten (und noch zu entwickelnden) Regeln bei Anwendungen in ihrem Hoheitsgebiet strikt eingehalten werden.

**Anmerkung 81 (Seite 23):** Streng genommen brauchen diese Ausführungen nicht kommentiert zu werden, weil sie sich unmittelbar aus der Trump'schen "America first"-Strategie ergeben. Dennoch sollten sich die USA einen Augenblick lang daran zu erinnern versuchen, dass möglicherweise nicht nur wirtschaftliche "Überkapazitäten" zu der beschriebenen (und beklagten) Entwicklung geführt haben, sondern schlicht die bessere Qualität der Produkte (und weitere, hiermit zusammenhängende Faktoren).

**Anmerkung 82 (Seite 23):** Die "einkommensschwachen" Länder können sicherlich von der wirtschaftlichen Stärke der USA profitieren. Dennoch sollten die dort Regierenden bei Vertragsabschlüssen immer bedenken, dass die USA gerade unter der Präsidentschaft von Donald Trump auch im weitesten Sinne imperialistische Ziele verfolgen und sich hierin von Staaten wie Russland oder China allenfalls in Nuancen unterscheiden.

**Anmerkung 83 (Seite 23):** Donald Trump und seine MAGA-Bewegung sind gerade dabei, das Regierungssystem der USA nahezu vollständig umzukrempeln, wobei insbesondere die für das Funktionieren einer Demokratie unverzichtbare Gewaltenteilung massiv infrage gestellt wird. Angesichts dessen erscheint die Formulierung "nach wie vor" als hoch problematisch. Zudem darf bezweifelt werden, ob die ungeregelt freie Marktwirtschaft der USA geeignet ist, alle sich in diesem Land ergebenden gesellschaftlichen Probleme optimal zu lösen. Schließlich ist fraglich, ob es sich unter der Trump'schen Zollpolitik überhaupt noch um eine "freie" Marktwirtschaft handelt.

**Anmerkung 84 (Seite 23):** Dass Taiwan ein nach demokratischen Grundsätzen regierter Staat ist und damit einen Gegenpol zur autokratisch regierten Volksrepublik China bildet, scheint bei diesen "strategischen" Erwägungen keine Rolle zu spielen, Bemerkenswert

**Anmerkung 85 (Seite 24):** Leider weiß ich nicht, ob hinsichtlich der asiatischen Verbündeten der USA ein ähnliches Beistandsversprechen besteht wie in der NATO. Dennoch finde ich bemerkenswert, dass hier - ähnlich wie von den NATO-Verbündeten - zusätzliche Verteidigungsanstrengungen der asiatischen Verbündeten gefordert werden, obwohl die Verteidigung Taiwans zuvor eindeutig zu einem Anliegen der nationalen Sicherheit der USA erklärt wird. Mit anderen Worten: verbündete Staaten sollen für etwas einstehen, was erklärtermaßen erst einmal ein nationales Anliegen der USA ist - und in zweiter Linie vielleicht auch eines, das in ihrem eigenen Interesse liegt.

**Anmerkung 86 (Seite 24):** Ist das wirklich so? Ich kann es einerseits nicht überprüfen, mir andererseits aber auch kaum vorstellen. Und selbst wenn diese Zahlen zuträfen, stellt sich die Frage nach ihrem Zustandekommen: resultieren sie wirklich aus einer Schwäche Europas, oder sind sie möglicherweise ganz anderen Faktoren geschuldet - etwa der massiv gewachsenen Wirtschaftsleistung insbesondere der Volksrepublik China?

**Anmerkung 87 (Seite 25):** Schreiben hier in Politik und Geschichtswissenschaft einigermmaßen beschlagene Menschen, oder doch eher Mächtetern-Dramatiker? Nach meinem - zugeben notwendigerweise europäisch gefärbten - Eindruck sollte dieses Szenario derzeit eher auf die Region der Urheber dieser Zeilen, also auf die USA selbst, zutreffen.

**Anmerkung 88 (Seite 25):** Ich glaube, ich bin hier im falschen Film! Gerade im Herkunftsland dieser Zeilen wird derzeit die Opposition - und mit ihr zugleich die parlamentarische Demokratie als solche - massiv unterdrückt, weil Präsident Donald J. Trump nahezu ausschließlich mithilfe von Dekreten und damit weitgehend am Parlament vorbei regiert. Und bezüglich der freien Meinungsäußerung wird bei der Auslegung dieses Rechts in den USA seitens der Trump-Administration sehr geflissentlich völlig ignoriert, dass dieses - wie alle Freiheitsrechte - dort endet, wo individuelle Rechte von Menschen oder andere Freiheitsrechte berührt werden.

**Anmerkung 89 (Seite 25):** Zwar kann ich als Deutscher zunächst einmal nur die Lage in Deutschland beurteilen. Aber immerhin hat dieses Land in den zurückliegenden etwas mehr als zehn Jahren ziemlich unbestritten zahlenmäßig die meisten Migranten in Europa aufgenommen. Und selbst wenn nicht wenige Deutsche der Auffassung sind, deren Aufnahme sei ein Fehler gewesen und habe die Gesellschaft überfordert, vermag ich nicht zu erkennen, dass die Aufnahme von geflohenen Menschen in meinem Land zu einem Verlust der nationalen Identität oder des Selbstbewusstseins oder auch nur zu deren Schwächung geführt hätte. Auch für kein anderes europäisches Land kann ich Entsprechendes wahrnehmen.

**Anmerkung 90 (Seite 25):** Das ist die derzeitige Sicht der US-Administration auf Europa. Exakt dieselbe Sicht dürften umgekehrt nicht nur (eher unausgesprochen) viele Regierungen europäischer Staaten auf den Teil des nordamerikanischen Kontinents haben, der sich USA nennt, sondern auch (deutlich artikuliert) große Teile der politisch engagierten (und noch nicht von faschistischen Ideologien infizierten) Bevölkerung dieser Staaten. Die europäischen Staaten und die EU sollten gegenüber der Trump-Regierung mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung agieren und die USA

im Zweifelsfall eher als potenziellen Gegner denn als einen verlässlichen Partner betrachten.

**Anmerkung 91 (Seite 25):** ... und hoffentlich nicht nur ich, sondern viele Bewohner des schönen Kontinents Europa möchte(n) zunächst einmal auch, dass Europa europäisch bleibt, wenngleich in einem völlig anderen (und deutlich besseren) Sinne als dem hier gemeinten. Es braucht allerdings kein "zivilisatorisches Selbstbewusstsein" zurückzugewinnen, weil es dieses niemals verloren hat (wohl aber scheint dieses gerade in den USA verlorenzugehen). Und es gibt in Europa aus einer sehr freiheitlich orientierten Sicht auch keine "erstickende Regulierung", sondern eine sehr befreiende Fokussierung darauf, dass Freiheit ihre Grenzen immer dort finden muss, wo die Freiheit(en) und Rechte anderer bedroht sind. Insofern beobachten wir in den USA gerade etwas, was man auch als "drangsalierende Deregulierung" bezeichnen könnte.

**Anmerkung 92 (Seite 25):** Diese Ausführungen enthalten auf relativ kleinem Raum ein erstaunliche Anzahl (wenn nicht gar ein Höchstmaß) an Widersprüchlichkeiten. Ob Europa gegenüber Russland einen erheblichen Vorteil an (militärischer) Hardpower hat, darf füglich bezweifelt werden; wäre es tatsächlich so, wäre die Ukraine in ihrer Abwehrschlacht gegen die russische Aggression nicht in der tatsächlich beobachteten Weise von der Lieferung (und aktuell dem Kauf und der Weitergabe durch europäische Staaten) us-amerikanischer Rüstungsgüter abhängig. Zum anderen wäre wohl das schon seit längerem bestehende Drängen der USA auf eine Erhöhung der europäischen Rüstungsausgaben unnötig gewesen. Mangelndes Selbstbewusstsein gegenüber Russland ist wohl eher auf Seiten der USA als bei den Europäern zu beobachten: während sich die europäischen Verbündeten der Ukraine immer wieder für deren Rechtspositionen einsetzen und z.B. für die Wiederherstellung von deren territorialer Integrität eintreten, forderten die USA von ihr in der Vergangenheit wiederholt Gebietsabtretungen an Russland, um einen unter Sicherheitsaspekten äußerst fragwürdigen Friedensschluss mit Russland erreichen zu können. In den von den USA vermittelten Verhandlungen über eine Beendigung dieses Krieges nahmen diese häufiger Positionen Russlands als solche der Ukraine und ihrer europäischen Verbündeten ein. Es scheinen derzeit gerade die USA zu sein, die mit ihrer Haltung gegenüber Russland die Gefahr einer künftigen Aggression dieses Landes gegen seine europäischem Nachbarn eher fördern als eindämmen könnten

**Anmerkung 93 (Seite 29):** Das ist völlig richtig! Allerdings scheinen die in der Trump-Administration für die Erreichung dieser Ziele Verantwortlichen weder über

die Einsichten noch über die Mittel zu verfügen, die für deren Erreichen notwendig sind (vgl. die vorangehende Anmerkung).

**Anmerkung 94 (Seite 26):** Es wäre sehr hilfreich, wenn die Trump-Administration die "unrealistischen Erwartungen", die "europäische Politiker" an den Ukraine-Krieg ihrer Meinung nach haben, ebenso konkret nennen würde wie die Namen dieser Politiker. Es ist zu vermuten, dass hiermit u.a. die in der vorletzten Anmerkung erwähnte Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine gemeint ist. Das ist in der Tat ein derzeit nahezu unerreichbar scheinendes Ziel; dennoch sollte es unter keinen Umständen aus den Augen verloren werden: Die US-Verantwortlichen scheinen völlig zu übersehen (übersehen zu wollen?), dass hier grundlegende Prinzipien des Völkerrechts in Frage gestellt werden (das gerade ohnehin auf der Kippe zu stehen scheint [am 28.2.2026 begonnener Krieg Israels und der USA gegen den Iran; vorangehend bereits die israelischen Aktionen im Gaza-Streifen nach dem 7.10.2023]). Wenn - was sich mehr und mehr abzuzeichnen scheint - das Recht des Stärkeren wieder Oberhand über die seit dem Ende des 2. Weltkriegs etablierten Regeln des Völkerrechts gewinnen kann, wird der Planet Erde zu einem zunehmend unsicheren Ort werden. Das kann in niemandes nationalem Sicherheitsinteresse sein, auch nicht in dem der USA. Und nur nebenbei sei angemerkt, dass "instabile Minderheitsregierungen" in Europa zur Zeit der Abfassung dieses Dokuments nicht etwa die Regel waren, sondern im Gegenteil absolute Ausnahmen darstellten; zu dieser Zeit gab es gerade einmal vier von ihnen, heute (März 2026) sind es fünf. Was die als unterdrückt beklagte Opposition angeht, so besteht diese - auch in Deutschland - häufig aus Parteien, die ideologisch der Trump'schen MAGA-Bewegung nahestehen - und es mit wohlverstandener Demokratie nicht immer so ganz genau nehmen.

**Anmerkung 95 (Seite 26):** Dass sich die große Mehrheit der Europäer - ebenso wie wohl die große Mehrheit der Weltbevölkerung - Frieden wünscht, wird wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen. Auch ich habe das nicht vor. Bestreiten möchte ich allerdings, dass sich dieser Wunsch der Europäer nicht in der Politik ihrer Regierungen niederschlägt. (Nicht nur) Nach meiner Wahrnehmung gibt es in Europa genau eine (in Ziffern: 1) Regierung, die keinen Frieden will: die Russlands (und ein paar andere, die sie - wenn auch [derzeit] nicht aktiv - darin unterstützen). Die Unterstützung der Ukraine, wie ich sie in der vorletzten Anmerkung auf der vorangehenden Seite skizziert habe, darf keinesfalls als friedensfeindliche Politik gebrandmarkt werden.

**Anmerkung 96 (Seite 26).** Unter Hinweis auf die Anmerkungen 90 - 93 möchte ich meiner (wenn auch sicherlich unmaßgeblichen) Meinung Ausdruck geben, dass eine Reformierung der europäischen Staaten jedenfalls in Gänze (so suggeriert es diese

Darstellung) nicht zwingend erforderlich ist. Wenn sich einzelne Staaten reformieren sollten (was auch aus meiner Sicht wünschenswert wäre), dann jedoch jedenfalls nicht in der von den USA hier angestrebten Weise, sondern im Sinne einer Rückbesinnung auf die wirklich demokratischen, einstmals von den USA selbst nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands nach (West-)Europa exportierten Werte und Prinzipien.

**Anmerkung 97 (Seite 26):** Diese Einsicht dürfte zu 100% zutreffen. Aber wenn das so ist, dann sollten sich die USA gegenüber ihren europäischen Partnern so verhalten, wie sich Partner untereinander nun einmal verhalten sollten - im besten Sinne partnerschaftlich. Soll heißen: Die Europäer so akzeptieren, wie sie sind - und das heißt auch und insbesondere: andere Auffassungen der Auslegung von Freiheit. Vielleicht könnte es dann auch einigen Europäern etwas leichter fallen, die derzeitigen Veränderungen in den USA etwas gelassener zu sehen. Es ist doch wie in einer Ehe: Wenn einer der Partner der oder dem anderen seinen/ihren Willen aufzwingen will, geht sie meistens kaputt.

**Anmerkung 98 (Seite 26):** Diese Aussage könnte auch so unproblematisch sein, könnte man sie unvoreingenommen betrachten oder ihr - andersherum - Unvoreingenommenheit unterstellen. Doch leider ist das nicht möglich, weil sich - und das erst seit Neuestem, seit dem Amtsantritt der 2. Regierung Donald J. Trumps und dem Siegeszug seiner MAGA-Bewegung in den USA - die Auffassungen von dem, was "echte" Demokratie und Meinungsfreiheit ausmacht, in den USA und den meisten europäischen Staaten erheblich unterscheiden. Es sei auf den letzten Satz der vorangehenden Anmerkung verwiesen.

**Anmerkung 99 (Seite 26):** Das Gegenteil ist der Fall! Die hier als "patriotisch" bezeichneten Parteien sind in Wirklichkeit darauf ausgerichtet, das - ich wiederhole mich hier, aber irgendwie notwendigerweise - nach dem 2. Weltkrieg von den USA nach (West-)Europa exportierte und seitdem weitgehend bewährte System "Demokratie" auszuhöhlen und in ein solches zu verwandeln, das in ähnlicher Form eben diesen 2. Weltkrieg ausgelöst hat. Sie sind - ähnlich wie die MAGA-Bewegung - bereit, bestimmte Menschenrechte und demokratische Prinzipien umzudeuten und mit Füßen zu treten, um ihre in Wirklichkeit zutiefst antidemokratischen Ziele zu erreichen.

**Anmerkung 100 (Seite 26):** Es ist schon fast komisch - aber eben leider alles andere als zum Lachen: Fast alles, was in diesem Absatz steht, ist in keiner Weise zu beanstanden. Der letzte kleine Halbsatz lässt dann alles völlig falsch erscheinen (wie

übrigens auch die Überschrift über dem gesamten Abschnitt dieses Dokuments): Europa hat objektiv nichts von seiner Größe verloren (stimmt nicht ganz: von seiner moralischen Größe hat es schon eine Menge verloren, und zwar durch seine seit der Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2012 völlig veränderte so genannte "Flüchtlingspolitik" [was Trump und seine Anhänger selbstverständlich völlig anders sehen]), sodass hier auch nichts "wiederhergestellt" werden muss.

**Anmerkung 101 (Seite 27):** Diese Bemerkung ist in Teilen wohl eher als "kryptisch" zu werten und kann insgesamt durchaus als Drohung (gegenüber den heutigen europäischen NATO-Mitgliedern) aufgefasst werden. Warum sollten "bestimmte" NATO-Mitglieder "mehrheitlich" nicht europäisch sein? Ist damit (im Sinne einiger Ausführungen auf den vorangehenden Seiten) gemeint, dass sie - aus Sicht der USA - ihre "europäische Identität" verloren haben? Der zweite Satz könnte darauf hindeuten - und gleichzeitig auch darauf, dass die USA für die Zukunft eine völlige Neuausrichtung der NATO planen. Erste Anzeichen hierfür könnte es bereits geben: Am 16.3.2026 kursieren Meldungen, denen zufolge Donald Trump im Zuge seines Krieges gegen den Iran die NATO-Staaten aufgefordert haben soll, sich an der Sicherung der Straße von Hormus (und damit der Sicherstellung der derzeit unterbrochenen Öltransporte durch diese Meerenge) aufgefordert und bei Nichtbefolgung dieser Aufforderung Konsequenzen angedroht haben soll. Das würde ignorieren, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis ist.

**Anmerkung 102 (Seite 27):** Wenn das nur so einfach wäre! Es waren nicht die europäischen NATO-Staaten, die die "strategische Stabilität mit Russland" aufgekündigt oder auch nur in Frage gestellt haben. Vielmehr hat der Angriff Russlands auf die Ukraine diese Stabilität beendet. An diesem kann man der so genannten "Osterweiterung" der NATO eine Mitschuld zuweisen; dem wäre jedoch hinzuzufügen, dass diese wesentlich von den USA betrieben wurde. Hier wird zumindest der Eindruck erweckt, als trügen die Europäer die alleinige Verantwortung für diese Entwicklung; dies ist zurückzuweisen.

C

**Anmerkung 103 (Seite 27):** Gerade angesichts der Formulierung dieser Nationalen Sicherheitsstrategie scheint dies in der Tat notwendiger denn je. Allerdings stellt sich die Frage, worin die Unterstützung der USA zur Erreichung dieses Zieles außer dem weitgehenden Rückzug aus dem einst im NATO-Vertrag gegebenen Schutzversprechen für die Sicherheit Europas und der (berechtigten) Forderung, die Aufwendungen für Verteidigung zu erhöhen und so mehr Eigenverantwortung zu übernehmen, noch bestehen könnte. Dazu fällt mir nicht wirklich etwas ein.

**Anmerkung 104 (Seite 27):** Einfacher und präziser formuliert: Förderung der Spaltung Europas; Zersetzung der supranationalen Organisation Europäische Union!

**Anmerkung 105 (Seite 27):** Die europäischen Märkte sind offen für us-amerikanische Waren und Dienstleistungen; sie sind auch immer offen gewesen. Das einzige Problem ist, dass die Trump-Administration zur Durchsetzung ihrer "America first"-Strategie den Begriff "fair" in den weltweiten Handelsbeziehungen nach eigenem Gutdünken zu definieren gedenkt.

**Anmerkung 106 (Seite 27):** 1.: Wie bitteschön sind "gesunde Nationen" definiert? Gibt es hierzu eine international gültige Definition, oder handelt es sich um eine Art (von der Trump-Administration formulierter) "lex specialis"?  
2.: Handelsbeziehungen der USA mit europäischen Staaten sind weitestgehend über die EU und die von den in ihr zusammengeschlossenen Staaten beschlossenen Bestimmungen geregelt. Die hier formulierte "Priorität" stellt einen weiteren (Frontal-)Angriff auf die Europäische Union dar (s. auch Anmerkung 104).

**Anmerkung 107 (Seite 27):** Was will die Trump-Administration hier andeuten? Die Erweiterung der NATO nach Osteuropa ist weitestgehend von den USA selbst angestoßen worden (vgl. Anmerkung 102). Die letzte Erweiterung um Finnland und Schweden erfolgte, weil diese Länder sich angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in ihrer Sicherheit bedroht fühlen und angesichts dieser gleichzeitig einen Beitrag zum besseren Schutz Europas vor einer möglichen künftigen Aggression Russlands leisten wollten (das wollen ausweislich der ersten beiden Punkte dieser Prioritätenliste anscheinend auch die USA). Geht es hier also um die Ausweitung der NATO auf weitere Nationen (s. hierzu Anmerkung 101), oder geht es um eine Erweiterung ihrer Aufgaben? Letztere haben die USA jüngst selbst ins Spiel gebracht (s. ebenda), und die europäischen NATO-Staaten (besonders der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz) haben sich hierzu klar ablehnend positioniert.

**Anmerkung 108 (Seite 27):** Nach meiner Wahrnehmung braucht Europa hierzu keine wirkliche Ermutigung, wenngleich auch aus meiner Sicht die aus den engen Handelsbeziehungen insbesondere Deutschlands mit der VR China erwachsenden Gefahren noch immer erheblich unterschätzt werden (die EU-Kommission scheint mir hier schon deutlich weiter zu sein als die deutsche Regierung und insbesondere die deutschen Unternehmen). Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass einige der hier beschriebenen Gefahren ebenso von den USA selbst drohen: verwiesen sei hier nur auf die extreme Abhängigkeit der EU und nicht zuletzt Deutschlands von US-IT-Technologie.

**Anmerkung 109 (Seite 27):** Ist es eine Art "Ironie der Geschichte"? Die Abfassung dieser Anmerkungen sollte längst abgeschlossen sein, und nun fällt genau in die Endphase dieser Arbeit der Beginn einer von Israel und den USA gestarteten massiven Angriffsaktion gegen den Iran, die als "Iran-Krieg" in die Geschichtsbücher eingehen dürfte. Dort wird auch einst zu klären sein, inwieweit (und ob überhaupt) dieser Angriff von den Bestimmungen des Völkerrechts gedeckt war und - weit darüber hinausgehend - welche Auswirkungen auf dieses Konstrukt er gezeitigt haben wird. Jedenfalls betrachte ich es als Glücksfall, dass ich wegen der beschriebenen Verzögerung hier noch auf diese Ereignisse eingehen kann, weil sie viel von dem in diesem Dokument niedergelegten noch einmal in einem anderen Licht erscheinen lassen.

**Anmerkung 110 (Seite 27):** ... was allerdings keinen Deut daran ändert, dass die in der vorigen Anmerkung erwähnte Aktion durch die mit ihr verbundene Sperrung der Straße von Hormus (s. Anmerkung 101) die Welt derzeit in eine Energie(preis)krise gestürzt hat, die bei einer derzeit nicht auszuschließenden längeren Dauer dieses Krieges zu einer schweren Krise der Weltwirtschaft führen könnte, Über diese Straße laufen im Normalfall 50 % der weltweiten Ölexporte; dieser Ausfall kann von den USA keinesfalls kompensiert werden (was u.a. durch deren Forderungen an die NATO eindrucksvoll dokumentiert wird).

**Anmerkung 111 (Seite 27):** Die Position der USA in diesem "Gerangel" ist derart beneidenswert, dass sie es sich leisten können, ohne vorherige Information ihrer NATO-Verbündeten (und offenbar auch ohne ein konkret definiertes Ziel und eine Strategie für das "Danach") einen Krieg gegen den Iran zu starten, um danach zur Bekämpfung von dessen offenbar nicht eingeplanten Folgen von den Bündnisverpflichtungen nicht gedeckte Hilfe von diesen Partnern einzufordern. Absolut beneidenswert und großartig!

**Anmerkung 112 (Seite 28):** Gerade diese (in den letzten Jahren tatsächlich erfolgreiche, wenn auch durch ein konsequentes Wegschauen bei Missachtungen von Menschenrechten erkaufte) Wiederbelebung dürfte durch den aktuellen Iran-Krieg auf eine Belastungs- und Bewährungsprobe gestellt werden. Der Iran hat auf den Angriff Israels und der USA mit Angriffen auf die Öl- und Gasinfrastruktur dieser Länder reagiert und die entsprechenden Exporte zunächst einmal weitestgehend zum Erliegen gebracht, ohne dass die USA nennenswerte Hilfe zur Abwehr dieser Angriffe geleistet hätten.

**Anmerkung 113 (Seite 28):** Diese im November 2025 der weltweiten Öffentlichkeit unterbreitete Einschätzung ist gut drei Monate nach ihrer Präsentation ganz offenbar bereits wieder "Makulatur". Wie konnte es zu einer solch' gravierenden Fehleinschätzung kommen? Haben die US-Geheimdienste einfach nur gnadenlos versagt, oder ist dieses Versagen möglicherweise gar auf eine personelle Schwächung derselben durch die Trump-Administration zurückzuführen? Dass ihre Informationen nicht unbedingt vertrauenswürdig sind, wird eindrücklich durch den Beschuss und die Zerstörung einer Mädchenschule im Norden des Iran am 28.2.2026, dem 1. Tag dieses Krieges, mit wohl 170 Todesopfern dokumentiert. Diese Schule war (offenbar bis 2016) tatsächlich Teil eines Militärkomplexes der iranischen Revolutionsgarden. Ihre ab 2017 erfolgte Umwidmung und deren Berichten zufolge deutliche Kenntlichmachung war jedoch allem Anschein nach von den zuständigen Diensten nicht dokumentiert worden.

**Anmerkung 114 (Seite 28):** Diese Fortschritte hat es gegeben, aber seit der Veröffentlichung dieses Dokuments (vor gut drei Monaten) ist die Situation weitestgehend unverändert. Die Hamas verweigert die vereinbarte Entwaffnung, ebenso Israel den ebenso vereinbarten Rückzug aus den von ihm besetzten Teilen des Gaza-Streifens. Täglich sterben dort Menschen bei Angriffen israelischen Militärs auf angebliche Hamas-Terroristen bzw. deren Infrastruktur. Die Versorgung der Bevölkerung mit Hilfsgütern ist nach wie vor völlig unzureichend, von Wiederaufbau und einer Verbesserung der Wohnsituation der Menschen dort ist nichts zu sehen. Durch den Angriff auf den Iran sind die Kämpfe mit der Hisbollah im Libanon wieder aufgeflammt, worunter die dortige Zivilbevölkerung zu leiden hat, und zur Verhinderung der Verschärfung der israelischen Annexionspolitik im Westjordanland hat die Trump-Administration keinerlei Anstalten gemacht.

**Anmerkung 115 (Seite 28):** Auch wenn Donald J. Trump und seine Anhänger in der MAGA-Bewegung das mit Sicherheit nicht hören wollen: Sie sind selbst - der Präsident ausdrücklich eingeschlossen - Radikale, und streng genommen müsste es eine internationale Koalition geben, die sie ebenso bekämpft wie die hier beschriebenen im Nahen Osten. Allerdings sollte dies mit anderen Mitteln geschehen: so wirkungsvoll gezielte Tötungen auch sein mögen (ich bin mir der bitteren Ironie dieser Formulierung voll bewusst) - sie dürfen von einem Rechtsstaat niemals angewendet werden.

**Anmerkung 116 (Seite 28):** Das klingt wie - ist womöglich sogar - das Eingeständnis eines historischen Fehlers, den die USA mindestens in Afghanistan, wohl aber auch im Irak und womöglich in der Vergangenheit in vielen anderen Ländern (wenn auch

in ganz anderer Gestalt) gemacht haben. Gelernt haben sie daraus jedoch anscheinend nichts, denn sie sind im Iran gerade wieder dabei, exakt denselben Fehler wieder zu begehen (den sie übrigens dort mit der Installation des Schah-Regimes schon einmal begangen haben). Denn: Die "Golfmonarchien" haben exakt dieselben religiös-ideologischen Wurzeln wie das "Mullah-Regime" im Iran, und sie machen sich ebenso - wenn auch in einem anderen Umfang und in abgeschwächter Qualität - Menschenrechtsverletzungen schuldig.

**Anmerkung 117 (Seite 28):** Dieses Kind ist - wie in den Anmerkungen auf den letzten beiden Seiten ausführlich beschrieben - gerade mit voller Wucht in den sprichwörtlichen Brunnen gefallen, und wie es derzeit aussieht könnte es schwierig werden, es in absehbarer Zeit wieder daraus zu bergen.

Am Ende der Arbeit an diesem Dokument und angesichts des gerade ausgebrochenen Krieges gegen den Iran und dessen noch kaum absehbaren Folgen (und der in seinem Vorfeld mit einiger Wahrscheinlichkeit getroffenen Fehleinschätzungen der Trump-Administration) beschleicht mich ein ziemlich schrecklicher Gedanke: Ist diese neu formulierte Nationale Sicherheitsstrategie der USA möglicherweise nichts Anderes als der Ausdruck grenzenlos übersteigerten Selbstbewusstseins und einer ebensolchen Überschätzung der eigenen Möglich- bzw. Fähigkeiten?

**Anmerkung 118 (Seite 28):** Aha! Hier wird deutlich, dass eine militärische Aktion gegen den Iran zu diesem Zeitpunkt bereits angedacht, jedenfalls aber nicht ausgeschlossen war. Ob es bereits konkrete Planungen gab ist unklar; Truppenverlegungen in die Region gab es erst nach dem Jahreswechsel.

**Anmerkung 119 (Seite 29):** Worauf wird hier angespielt? Ich kann nur vermuten, auf die unglaublich verlustreichen (und letztlich ergebnislosen) Einsätze in Vietnam und Afghanistan - und darauf hoffen, dass sich die gerade laufende Aktion im Iran sich nicht wider (us-amerikanisches) Erwarten auch zu einem solchen ausweitet. Die Folgen wären - anders als bei den beiden erwähnten Kriegen - wohl weltweit zu spüren (sie sind es bereits jetzt [nach nicht einmal drei Wochen!] und damit absolut unabsehbar.

**Anmerkung 120 (Seite 29):** Das Abraham-Abkommen (lt. Wikipedia-Eintrag [Stand: 19.3.2026] gibt es nur eines) bezeichnet einen Friedensvertrag zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Es kam auf Vermittlung der USA, u.a. in Person von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, zustande. Weshalb es hier im Plural aufgeführt ist, ist vorerst unerfindlich. Angesichts der Tatsache, dass Iran derzeit als Reaktion auf von Israel ausgeführte Angriffe auf seine Öl-Infrastruktur seinerseits

entsprechende Anlagen der so genannten Golfstaaten angreift, könnte nicht nur die Zukunft dieses Abkommens, sondern viel mehr noch die Möglichkeit einer Ausweitung auf andere Staaten der Region in Frage stehen.

**Anmerkung 121 (Seite 29):** Ob sich diese Einschätzung nach dem 28.2.2026 noch halten lässt, wird sich zeigen. Ich wage es zu bezweifeln.

**Anmerkung 122 (Seite 29):** Diese Entwicklung hat es gegeben - bis zum 28.2.2026! Jedenfalls in den ersten knapp drei Wochen danach haben die USA nichts unternommen, um ihre "Partner am Golf" vor den Gegenangriffen des Iran zu schützen, die vom ersten Tag an nicht nur US-Militäreinrichtungen auf ihrem Gebiet, sondern auch zivile Infrastruktur getroffen haben. Korrespondentenberichten aus der Region zufolge ist der Unmut in den betreffenden Regierungen hierüber recht groß.

**Anmerkung 123 (Seite 29):** Der Terminus "liberale Ideologien" erschreckt mich ein wenig. "Liberal" zu sein bedeutet für mich zunächst einmal (wertneutral), jedem Menschen den ihm zustehenden Freiraum zuzugestehen. Daran ist erst einmal nichts auszusetzen; es ist nicht mehr als die Achtung elementarer Menschenrechte. Daran ist folglich nichts zu erkennen, was als "Ideologie" bezeichnet werden könnte. In einem erweiterten Sinn kann "Liberalität" jedoch auch verstanden werden als das rücksichtslose Durchsetzen (insbesondere materieller) Eigeninteressen, bei der auf Freiheitsrechte Anderer nicht unbedingt Rücksicht genommen wird. Hierbei handelt es sich schon um eine Ideologie, die mir allerdings Bestandteil des US-Gesellschaftsmodells zu sein scheint. Weshalb nun die Verbreitung einer solchen "Ideologie" ein Fehler gewesen sein soll, erschließt sich mir insbesondere angesichts des "Soft Power"-Konzepts nicht wirklich.

**Anmerkung 124 (Seite 29):** "Für beide Seiten vorteilhafte Handelsbeziehungen" klingt erst einmal unverfänglich. Man sollte allerdings im Hinterkopf behalten, dass diesem Dokument die "America first"-Strategie Trumps und der MAGA-Bewegung zugrunde liegt. Insofern sollten insbesondere die Adressaten dieses Abschnitts, die Staaten Afrikas, Verhandlungen mit den USA über Handelsbeziehungen mit äußerster Sorgfalt führen und peinlichst auf die Wahrung ihrer eigenen Interessen achten.

**Anmerkung 125 (Seite 29):** Hier schrillt bei mir die höchstmögliche Zahl an Alarmglocken! Afrika ist in Bezug auf Entwicklungshilfe ein SEHR besonderer Kontinent. Das traditionelle Konzept dieses Instruments muss generell, insbesondere aber für diesen Kontinent, grundlegend überdacht werden. Beim Handel muss beim Export in die betreffenden Länder darauf geachtet werden, nur wirklich benötigte Waren dort-

hin zu liefern, insbesondere keine solchen, die dort selbst produziert werden können. Investitionen sollten sich zuvörderst darauf richten, zunächst einmal die Produktion von im eigenen Land benötigten Gütern anzukurbeln. Bei Investitionen in die Rohstoffgewinnung in diesen Ländern muss STRENGSTENS darauf geachtet werden, dass die Belastung der Umwelt auf einem möglichst niedrigen Niveau gehalten wird und die Ausfuhr der Rohstoffe zu absolut fairen Bedingungen erfolgt. In der Vergangenheit ist dies sowohl von den USA als auch von den europäischen Staaten (viele von ihnen waren Kolonialmächte!) viel zu wenig beachtet worden.

**Anmerkung 126 (Seite 29):** Selbstverständlich sind alle Bemühungen um Frieden zu begrüßen, zumal sich bewaffnete Konflikte in Afrika häufig als besonders brutal und grausam mit vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung erweisen. Festzuhalten ist allerdings zum einen, dass die Trump'schen Friedensbemühungen in Afrika zum einen nicht von besonders nachhaltigen Erfolgen gekennzeichnet sind (der Konflikt im Osten der DR Kongo mit den dortigen, von Ruanda unterstützten Rebellen etwa schwelt immer noch weiter) und sich zum anderen auf ökonomisch interessante Nationen beschränkt, während eine der aktuell größten humanitären Katastrophen, der Bürgerkrieg im Sudan, keinerlei US-Beachtung findet.

**Anmerkung 127 (Seite 29):** Auch dies liest sich wie ein hoffnungsvoller, weiterzuverfolgender Ansatz. Schaut man jedoch näher hin ergibt sich, dass sich das entsprechende Programm lediglich auf ökonomische Randgebiete erstreckt und nur sehr wenige Länder von ihm profitieren. Verbraucherschützer pflegen so etwas als "Mogelpackung" zu bezeichnen.

**Anmerkung 127 (Seite 29):** In diesen beiden Zeilen offenbart sich ein schwerwiegendes (und zudem schwer zu lösendes) Dilemma in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA. In der Tat haben sich die islamistischen Terroraktivitäten insbesondere im westlichen und mittleren Afrika beträchtlich verstärkt und westliche Länder (Frankreich, Deutschland) zum (militärischen und politischen) Rückzug aus diesen Ländern gezwungen. Dieser Rückzug und die Abstinenz der USA hinsichtlich eines Engagements in diesen Gebieten bedeuten aber auch, dass dieses Terrain langfristig ideologischen Gegnern überlassen wird. Derzeit müssen die Folgen dieser Entwicklung offenbleiben. Dass sie irgendwann einmal nachteilig auch für die nationale Sicherheit der USA werden könnten, lässt sich - fürchte ich - nicht wirklich ausschließen.

**Anmerkung 128 (Seite 29):** Zu diesem Absatz verweise ich auf die Anmerkungen 122 und 123. Hier wird das Bestreben überdeutlich, auch die Nationen des afrikani-

schen Kontinents um des eigenen Vorteils willen "über den Tisch zu ziehen". Eben "America first" - der Rest der Welt kann sehen, wo er bleibt; sein Schicksal ist uns letztlich egal. Ob das dem Weltfrieden (und damit letztlich auch dem nationalen Sicherheitsinteresse der USA) wirklich förderlich ist? Ich wage es, hieran Zweifel anzumelden!!!

Düsseldorf, den 2. April 2026